

# Protest-Wahl in Guatemala

Stimmabgabe unter besonderen Vorzeichen

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Präsidentschaft-, Kongress- und Kommunalwahlen am 6. September 2015 fanden unter außergewöhnlichen Vorzeichen statt. Wenige Tage zuvor, am 2. September, war Staatspräsident Otto Pérez nach wochenlangen Protesten in Folge der Aufdeckung von Korruptionsskandalen und wegen des Verdachts auf direkte Beteiligung am Korruptionsnetzwerk „La Línea“ zurückgetreten. Der Kongress hatte der Aufhebung seiner Immunität zugestimmt. Aus den Präsidentschaftswahlen ging als Gewinner Jimmy Morales hervor, auf der politischen Bühne bisher unbekannt, umso bekannter als volksnaher Komiker. Die Stimmenauszählung, die drei Tage später noch nicht abgeschlossen war, führte zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Sandra Torres, Kandidatin der Partei UNE, und Manuel Baldizón von der Partei LIDER. Wegen einer sich abzeichnenden Differenz von nur 5.000 Stimmen muss die komplette Auszählung abgewartet werden, bis ein endültiges Ergebnis feststeht. Da keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hat, wird am 25. Oktober eine Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten stattfinden.

Am Sonntag, den 6. September 2015, waren rund 7.600.000 eingeschriebene Wähler des mit 16 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichsten Landes Zentralamerikas aufgerufen, ihren Staatspräsidenten, 158 Kongressabgeordnete, 338 Bürgermeister und dazugehörige Stadträte und 20 Abgeordnete des Zentralamerikanischen Parlaments zu wählen. Die Wahlen fanden auf Grund der Geschehnisse der vergangenen Monate in einer besonderen Situation statt. Viele Bür-

ger fragten sich bis zuletzt, ob sie überhaupt stattfinden würden.

Wegen des knappen Ergebnisses bezüglich des zweiten Platzes bei den Präsidentschaftswahlen sind Konflikte zwischen Parteianhängern von UNE (Unidad Nacional de la Esperanza) und LIDER (Libertad Democrática Renovada) und / oder Anfechtungen des ersten Wahlgangs nicht auszuschließen. Bis vor wenigen Monaten hatten sowohl Manuel Baldizón als auch Sandra Torres fest mit einem Einzug in die zweite Runde gerechnet. Vor allem Baldizón hatte einen Wahlsieg sicher geglaubt.

## Ergebnisse: Protestwahl und Loyalitäten

Vorläufiges Ergebnis der Präsidentschaftswahlen<sup>1</sup>

|                              |         |
|------------------------------|---------|
| Jimmy Morales, FCN Nación    | 23,85 % |
| Sandra Torres, UNE           | 19,74 % |
| Manuel Baldizón, LIDER       | 19,65 % |
| Alejandro Giammattei, FUERZA | 6,46 %  |
| Zury Ríos, VIVA              | 5,90 %  |
| Lizardo Sosa, TODOS          | 5,33 %  |

<sup>1</sup> eigene Zusammenstellung nach Information des Wahlgerichtshofs vom 9. September, 15.08

Uhr <http://elecciones2015.tse.org.gt/resultados-2015/>

|                               |                                  |         |
|-------------------------------|----------------------------------|---------|
| Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. | Mario David García, PP           | 4,62 %  |
| GUATEMALA                     | Roberto González, CREO-UNIONISTA | 3,45 %  |
| ANNETTE SCHWARZBAUER          |                                  |         |
| 9. September 2015             | Mario Estrada, UCN               | 3,44 %  |
|                               | Juan Gutiérrez, PAN              | 3,10 %  |
|                               |                                  |         |
|                               | Wahlbeteiligung:                 | 71,24 % |
|                               | ungültige Stimmen:               | 4,18 %  |
|                               | Enthaltungen:                    | 5,03 %  |

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Im Kongress<sup>2</sup> mit insgesamt 158 Sitzen dominieren voraussichtlich LIDER mit 44 Mandaten und UNE mit 33 Abgeordnetensitzen. Die Mitte-Partei TODOS erreichte beachtliche 18 Mandate. Die konservative PP (Partido Patriota, Partei von Ex-Präsident Pérez) erhält 17 Sitze, FCN Nación, die Partei des Gewinners der Präsidentschaftswahlen, lediglich zwölf Mandate. Die Partei Encuentro por Guatemala (EG) unter der Führung der langjährigen Abgeordneten Nineth Montenegro wird voraussichtlich mit sieben Abgeordneten in den Kongress einziehen. EG profitierte vom guten Ruf der Abgeordneten Montenegro und ihrem entschiedenen Handeln als Vorsitzende der Kongresskommission zur Frage der Aufhebung der Immunität von Präsident Pérez. Zum ersten Sitzungstermin der Kommission war sie mit einem Koffer in der Hand erschienen und versprach, so lange im Kongress zu übernachten bis die Immunität entzogen sei. Die restlichen Sitze verteilen sich auf weitere sieben Parteien.

Die zu erwartende Zusammensetzung des Kongresses deutet auf schwierige Mehrheitsverhältnisse hin. Auf jeden Fall werden Fraktionen zumindest punktuelle Allianzen eingehen müssen. Sollte Jimmy Morales die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen

gewinnen, wird er sich nur auf eine kleine eigene Fraktion stützen können. Die Sitzverteilung kann sich allerdings deutlich ändern durch den bisher üblichen Fraktionswechsel von Abgeordneten. In der aktuellen Legislaturperiode führte dieses Verhalten u.a. zu einem Zuwachs von 44 Mandaten im Fall der LIDER-Fraktion, bei der PP-Fraktion zu einem Verlust von 23 Mandaten, ferner zur Entstehung der Fraktion der neuen Partei TODOS.<sup>3</sup>

Ähnlich wie bei den Kongresswahlen zeigt sich auch bei den Bürgermeisterwahlen, dass die Macht der etablierten Parteien weiterhin groß ist. Die Partei LIDER konnte 131 von 338 Rathäusern gewinnen, PP wird 76 Stadtregierungen führen, UNE war in 59 Städten erfolgreich. Vor allem der Erfolg der PP ist beachtlich. In ländlichen Gebieten wurde die aufgedeckte Korruption häufig als Fehlverhalten einzelner Amtsträger in der Hauptstadt gesehen. Die Verantwortung wurde nicht notwendigerweise auf die Partei übertragen. Bei der Wahlentscheidung auf lokaler Ebene mögen stärker persönliche Beziehungen und Loyalitäten und auch Wahlgeschenke bzw. der Kauf von Stimmen eine Rolle gespielt haben als bei der Präsidentschaftswahl.

#### **Erfolgreiche Wahlen in einer Ausnahmesituation**

Die Ereignisse der letzten Monate hatten vor allem zwei Auswirkungen auf die anstehenden Wahlen: einerseits eine hohe Frustration bei vielen Wählern, die den Sinn von Wahlen hinterfragten, durch die kaum die dringend nötige Erneuerung des politischen Systems und der Institutionen zu erwarten sei. Damit war auch die Sorge des Wahlgerichtshofs um die Wahlbeteiligung verbunden. Andererseits fand eine kurzfristige Verschiebung in den Umfragen statt mit dem schnellen und unerwarteten Aufstieg eines Politikneulings, des Komikers Jimmy Morales.

<sup>2</sup> Voraussichtliche Sitzverteilung laut Berechnung Prensa Libre / J. Brolo, ASIES in: Prensa Libre, 9. September 2015, S. 6.

<sup>3</sup> S. El Periódico, 5. August 2015, S. 4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. September 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Kritische Gruppen forderten eine Verschiebung der Wahlen, um zunächst Reformen durchzuführen und dem politischen System des Landes Glaubwürdigkeit zu verleihen, aber die mehrheitliche Meinung war, dass eine Verschiebung einen Verfassungsbruch bedeuten würde und man angesichts der instabilen Situation ein Mindestmaß an Institutionalität zu wahren habe. Auch herrschte die Auffassung vor, dass in einigen Monaten das politische System nicht zu ändern sei und das Entstehen neuer Bewegungen mit neuen Kandidaten Zeit benötige, ein Prozess der parallel zu den Wahlen und in der Zeit danach stattzufinden habe.

Entgegen allgemeiner Befürchtungen war die Wahlbeteiligung hoch und lag bei ca. 70 % (bei den Wahlen in 2011 68 %). Auch ein Anstieg gewaltsamer Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Wahlen im Vergleich zu vorangegangenen Wahlprozessen war nicht zu verzeichnen. Es gab Kampagnen für die massive Abgabe von ungültigen Stimmen oder Enthaltungen, aber letztlich setzte sich die Einsicht durch, dass der Wähler dadurch die Kandidaten mit den meisten Wählerstimmen unterstützen würde, der Effekt also ein gegenteiliger sein würde.

#### Guatemala – seit April ein anderes Land

„Guatemala es otra“ – „Guatemala ist ein anderes Land“ sagen viele Bürger und beziehen sich dabei auf den Beginn der Aufdeckung von Korruptionsskandalen am 16. April und die nachfolgenden Ereignisse, die im Rücktritt des Staatspräsidenten Otto Pérez am 2. September, wenige Tage vor den Wahlen, ihren Höhepunkt fanden. Seit April hatte die Aufdeckung verschiedener Korruptionsskandale durch die CICIG (Internationale Kommission gegen Straflosigkeit) in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft das Land erschüttert und zu regelmäßigen, samstäglichen Protesten gegen die Regierung und für Reformen geführt. In einem Land, in dem die Bürger sich eher politisch zurückhalten, waren die Demonstrationen, wenn auch nicht komplett neu, so doch in ihrer Beständigkeit außergewöhnlich.

Am 8. Mai hatte Vizepräsidentin Baldetti ihren Rücktritt eingereicht, die in direkter Verantwortung für das Korruptionsnetzwerk „La Línea“ (Die Linie) im Bereich Zoll- und Steuerbetrug gesehen wurde. Damit schien die Hauptverantwortliche Konsequenzen gezogen zu haben. Die meisten Beobachter gingen zu dem Zeitpunkt davon aus, dass Präsident Pérez bis zur absehbaren Amtsübergabe am 14. Januar 2016 im Amt bleiben würde. Der Wahltermin stand zu dem Zeitpunkt bereits fest.

Die Proteste und das Engagement der Zivilgesellschaft richteten sich in den folgenden Wochen vor allem auf die Forderung nach Reformen, besonders eine Reform des Wahl- und Parteiengesetzes noch vor den Wahlen.

Der Wahlgerichtshof legte Ende Mai einen Reformvorschlag vor, in den Anregungen der Zivilgesellschaft eingeflossen waren. Gleichzeitig lud der Kongress zu runden Tischen zu verschiedenen Reformvorhaben ein. Viele Vertreter der Zivilgesellschaft folgten der Einladung, stellten sich aber gleichzeitig die Frage, ob die Abhaltung der runden Tische die Diskussionen und den Reformprozess nicht unnötig verlängere, es sich um ein Ablenkungsmanöver des Kongresses handle und Reformwille nicht vorhanden sei. Die Kritiker scheinen Recht bekommen zu haben. Bis zum Wahltermin ist keine der diskutierten Reformen (Wahl- und Parteiengesetz, Gesetz des öffentlichen Dienstes, Vergaberecht, Justizwesen) umgesetzt worden.

Dies stellt für viele Wähler eine Enttäuschung dar und beförderte Aufrufe zur Verschiebung der Wahlen oder zur Abgabe ungültiger Stimmen, da die Wahlen unter diesen Vorzeichen keinen Sinn hätten. Letztlich stünden dieselben Parteien zur Wahl, etwas Neues für die Zukunft sei daher nicht zu erwarten. Vielmehr müssten erst Reformen oder eine verfassungsgebende Versammlung stattfinden.

## GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. September 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)**Bericht der CICIG zur Parteienfinanzierung in Guatemala**

Am 16. Juli stellte die CICIG einen Bericht zur Parteienfinanzierung in Guatemala vor. Kritisiert wird die unklare, nicht nach den Regeln erfolgende und damit illegale Parteienfinanzierung aus privaten Quellen, teilweise von Unternehmen, die damit konkrete wirtschaftliche Interessen verbinden, zum Teil auch aus dem organisierten Verbrechen und Drogenhandel. Die illegale Finanzierung erscheint nicht in den Finanzberichten, die dem Wahlgerichtshof zugehen. Es handelt sich dabei häufig um die Finanzierung von Personen und Kandidaten, die nicht über die Partei läuft. Parteien würden die zulässigen Wahlkampfkosten deutlich überschreiten, so bei den Wahlen des Jahres 2011 vor allem durch PP, LIDER und UNE/GANA. Die Wahlkämpfe in Guatemala seien die kostspieligsten in der Region mit rund zehn USD pro eingeschriebenen Wähler im Vergleich zu drei USD in Mexiko und sechs USD in El Salvador.

Parteien werden laut Bericht zu rund 25 % von traditionellen, in Kammern organisierten Unternehmen finanziert, zu 50 % durch Zulieferer bzw. Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen und der Rest durch kriminelle Strukturen. Der Großteil der illegalen Parteienfinanzierung entstamme der Korruption. Zu diesem Zweck hätten sich vor allem um Bürgermeister und Distriktabgeordnete Netzwerke von Amtsträgern, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen gebildet, die sich durch unlautere Auftragsvergabe Gelder erwirtschaften, die wiederum für Wahlkampfwert eingesetzt würden. Dieses System der Parteienfinanzierung präge das Parteiensystem in Guatemala. Die Parteien hängen nicht von Programmen oder Ideologien ab, sondern von der Fähigkeit, Finanzierung und Kandidaten anzuziehen. Die Demokratie werde als Instrument zur Bereicherung benutzt.

Der Bericht bezieht sich zum Großteil auf bereits vorliegende Studien verschiedener Institutionen und stellt mit seinen Ergebnissen letztlich keine Überraschung dar. Die Darstellung, die vorliegende Ergebnisse und eigene Recherchen kompakt zusammenfasst

und einige Fälle benennt, verfehlte ihre Wirkung jedoch nicht und setzte das Thema der Parteienfinanzierung mit konkreten Beispielen für illegale Finanzierung prominent auf die Agenda.

**Staatsanwaltschaft und CICIG – keine Angst vor großen Fällen**

Einen Tag vor Vorstellung des Berichts beschuldigten CICIG und Staatsanwaltschaft den Vizepräsidentenskandidaten der Partei LIDER, Edgar Barquín, seinen Bruder, den Abgeordneten Manuel Barquín, und den Abgeordneten Jaime Martínez Loaiza der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Geldwäsche. Edgar Barquín hatte vorher das Amt des Zentralbankpräsidenten innegehabt und galt als honorierter Amtsträger. Die Untersuchungen hatten damit einen hochrangigen Kandidaten der Wahlen erreicht. Der Oberste Gerichtshof entschied Anfang August, das Verfahren zur Aufhebung der Immunität einzuleiten. Besonders brisant wurde die Angelegenheit, als die Frage laut wurde, ob die Kandidatur von Barquín überhaupt noch möglich sei, ja nicht sogar die gesamte Kandidatur im Doppel mit dem Präsidentschaftskandidaten Baldizón gefährde. Baldizón stand zu diesem Zeitpunkt in allen Umfragen an erster Stelle.

Eine weitere Forderung der samstäglichen Proteste war, dass die Schuldigen der Korruptionsskandale zur Verantwortung gezogen werden sollten, an erster Stelle die ehemalige Vizepräsidentin Baldetti. Am 21. August wurde sie in Untersuchungshaft genommen.

Am selben Tag stellten Staatsanwaltschaft und CICIG beim Kongress einen Antrag zur Aufhebung der Immunität von Staatspräsident Pérez unter Heranziehung von Beweisen bezüglich seiner Zugehörigkeit zum Korruptionsnetzwerk „La Línea“ -. Aus abgehörten Telefonaten sei an Hand der Bezeichnungen „Nr. 1“ oder „der Eigentümer der Finca“ seine Beteiligung entnommen worden, weitere Beweise lägen vor. Ein vorangegangener Antrag auf Aufhebung der Immunität durch den oppositionellen Abgeordneten Amílcar Pop war an den Gegen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. September 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

stimmen von Partido Patriota und LIDER gescheitert. Mit Spannung wurde daher erwartet, ob dieser Antrag erfolgreich sein würde.

Seit Beginn der Aufdeckungen beeindruckten die Geradlinigkeit und Standfestigkeit der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, seit Mai 2014 im Amt. Ihre Ernennung durch Präsident Pérez war in der Zivilgesellschaft und in Teilen der internationalen Gemeinschaft umstritten, da sie als politische Wunschkandidatin des Präsidenten und damit als Vertreterin des Establishments galt. Aldana war vorher Richterin am Obersten Gerichtshof gewesen und hat in ihrer Amtszeit als Vorsitzende durch die Einrichtung der Abteilung für indigene Angelegenheit Zeichen gesetzt. Anscheinend hat sie die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt.

#### „Ich habe keinen Präsidenten!“

Wie sich herausstellen sollte, waren mit dem Antrag von Staatsanwaltschaft und CICIG auf Aufhebung der Immunität die Tage des Präsidenten gezählt. Am 22. August traten die Minister für Wirtschaft und für Erziehung zurück - die einzigen, die seit Amtsantritt der Regierung Pérez im Januar 2012 der Regierung angehört hatten. Beide stehen dem Unternehmensektor nahe, so dass ihre Rücktritte als Zeichen für die weiter schwindende Unterstützung dieser Gruppe gewertet wurden.

Zunächst waren zahlreiche Gerüchte zu hören, man wisse nicht, wo der Präsident sich aufhalte, manche vermuteten ihn bereits in Panama. Am Abend des 23. August meldete sich Pérez jedoch in herausfordernder und fast aggressiver Haltung in einer Fernsehansprache zu Wort. Er bestritt die Beteiligung an „La Línea“, beteuerte, kein aus den korrupten Praktiken des Netzwerks erhalten zu haben, entschuldigte sich für Fehlverhalten von Mitgliedern seiner Regierung und erklärte seine Bereitschaft, sich der Justiz zu stellen. Einen Rücktritt schloss er noch aus.

Die Reaktion der Zivilgesellschaft fiel umso stärker aus. Für den 27. August wurde zum Nationalstreik aufgerufen. Studenten und Dozenten der staatlichen und von privaten

Universitäten, Angestellte öffentlicher Einrichtungen, Vertreter von Bauernverbänden und verschiedenen Organisationen und einzelne Bürger nahmen an Protesten in den größeren Städten des Landes teil. Für Aufsehen sorgte das Schließen verschiedener Filialen von Restaurants und Fast-Food-Ketten, die ihren Angestellten gezielt die Möglichkeit gaben, an den Demonstrationen teilzunehmen - auch dies ein Zeichen für den jetzt offenen Widerstand aus dem Unternehmensektor, allen voran der Eigner der größten und beliebten Hühnergrill-Kette Pollo Campero. Ein weit verbreiteter Spruch auf Plakaten bei den Protesten lautete: „Yo no tengo presidente“ (Ich habe keinen Präsidenten). In Guatemala-Stadt versammelten sich rund 100.000 Bürger, ein nie dagewesenes Ereignis.

Auf Grund des öffentlichen Drucks entschied der Kongress mit 132 Stimmen von 132 anwesenden Abgeordneten (Gesamtzahl Kongressabgeordnete: 158) am 1. September, dem Staatspräsidenten die Immunität zu entziehen. Damit entzog selbst der Großteil der Präsidentenpartei PP dem Staatspräsidenten die Unterstützung. Die bis vor kurzem noch existente Allianz zu Einzelvorhaben mit der größten Oppositionsfraktion der Partei LIDER war zerbrochen. Der Präsident war endgültig isoliert. Es ist davon auszugehen, dass die Abgeordneten die wenige Tage später anstehenden Wahlen vor Augen hatten – eine Reihe von Kongressmitgliedern strebt eine Wiederwahl an – und nicht mit dem Präsidenten untergehen wollten.

Die schrittweise Isolierung führte am Abend des 2. September zum Rücktritt von Staatspräsident Pérez, der am Folgetag von vielen Bürgern euphorisch gefeiert wurde. Otto Pérez wurde in Untersuchungshaft genommen und bereits am 4. September zu einer ersten Aussage vor Gericht geladen.

#### Der bekannte Unbekannte: Jimmy Morales

Jimmy Morales, 1969 in einem Randviertel von Guatemala-Stadt geboren, war bisher vor allem als Komiker bekannt, meist mit seinem Bruder Sammy Morales als die volkstümlichen Charaktere Nito und Neto

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. September 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

aus dem Osten des Landes mit Cowboyhut und Rinderherde, die landestypische Situationen und Eigenschaften verarbeiten, dabei auch politische und soziale Themen nicht aussparen. In seiner Spielfilm-Komödie, „Un Presidente de a Sombrero“ (Ein Präsident mit Hut), verkörpert Morales die Rolle, die er möglicherweise bald in der Realität ausfüllt. Er verfügt über einen Universitätsabschluss der staatlichen Universität San Carlos in Betriebswirtschaft, ist Fernseh- und Filmproduzent sowie Universitätsdozent. Politisch war Morales bis auf seine Bürgermeisterkandidatur im Jahr 2011 für die Partei ADN (Acción de Desarrollo Nacional, mitte-rechts) nicht aktiv.

Im Jahr 2013 wurde er Generalsekretär der mitte-rechts ausgerichteten Partei FCN Nación (Frente de Convergencia Nacional Nación). Die FCN wurde 2008 von Vertretern eines Veteranenvereins, der Asociación de Veteranos Militares de Guatemala (AVE-MILGUA), gegründet. Die Partei, nach den erfolglosen Wahlen von 2011 fast inexistent, schloss sich später mit der Bewegung Nación, in der Morales aktiv war, zusammen. Im Jahr 2013 wurde er zum Generalsekretär gewählt.

Kritische Stimmen sehen auch jetzt noch einzelne Veteranen in der Partei vertreten, denen man anti-demokratische Tendenzen zuschreibt. Ferner seien ehemalige Militärs aus dem Umfeld von FCN und AMEMILGUA an seit Jahren bestehenden korrupten Netzwerken direkt beteiligt (gewesen). Unterstützung erfahre FCN Nación derzeit von Teilen des traditionellen Unternehmersektors. Damit sei die Partei letztlich nichts Neues, ihr Präsidentschaftskandidat nur eine Marionette.

Morales bestreitet den Einfluss ehemaliger Militärs, die Partei sei inzwischen eine andere. Er hat eindeutig davon profitiert, dass ihm als Politikneuling – im Gegensatz zu den meisten anderen Präsidentschaftskandidaten, die von vielen Wählern als Vertreter eines korrupten Parteiensystems gesehen werden – keine derartigen Vorwürfe gemacht werden konnten. Dementsprechend lautete sein Wahlkampfmotto auch „Jimmy Morales –weder korrupt noch Dieb“.

Weiterer Vorteil war, dass er auf Grund seiner Fernsehpräsenz bereits über einen großen Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad verfügte. Von Anfang an richtete sich seine Kampagne gegen Aufrufe zur Abgabe ungültiger Stimmen. Morales bot sich als saubere Alternative zu bekannten Kandidaten an.

In verschiedenen Debatten und Interviews überzeugte er durch Redetalent und Unterhaltsamkeit, konnte allerdings zu Sachfragen wenig Tiefergehendes beitragen. Möglicherweise gefielen seine teilweise einfachen Antworten, so z.B.: um die Probleme im Zusammenhang mit der Migration zu lösen, müsse man die Leute zum Hierbleiben bewegen. Eine seiner Aufgaben im Hinblick auf die zweite Wahlrunde wird es sein, fachlich überzeugende Kandidaten für sein Kabinett zu identifizieren und vorzustellen.

#### **Torres oder Baldizón – zwei Schwergewichte im Ringen um den zweiten Platz**

Sandra Torres, geboren 1955 im Tiefland-Department Petén, Kandidatin der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei UNE und Ex-Frau des ehemaligen Staatspräsidenten Alvaro Colóm, verfügt über politische Erfahrung vor allem bei der Umsetzung von Sozialprogrammen, wodurch sie bekannt und bei sozial benachteiligten Gruppen beliebt wurde. Manche Kommentatoren sehen sie als eigentliche Machthaberin während der Regierungszeit ihres Mannes (2008 – 2012). Als Zeichen in Richtung Unternehmersektor, auch dessen Interessen vertreten zu wollen, hatte sie den Unternehmer Mario Leal für die Vizepräsidentschaftskandidatur gewinnen können.

Manuel Baldizón, geboren 1970 ebenfalls im Department Petén, Unternehmer, und bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2011 zweitplatziert, müsste laut eines ungeschriebenen Gesetzes in Guatemala im zweiten Anlauf die Präsidentschaft gewinnen. In der Vergangenheit war es so, dass der Zweitplatzierte bei den nächsten Wahlen gewann. Gelingt es ihm nicht, an der zweiten Runde teilzunehmen, wäre das ungeschriebene Gesetz gebrochen. Baldizóns Partei LIDER, eine Gründung von Abweichlern aus der Partei UNE mit populistischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. September 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

rechten und linken Elementen, deren Abgeordneter er selbst war –, hat vor allem im Inland und bei ärmeren Bevölkerungsschichten in der Hauptstadt-Region Rückhalt und gewinnt mit Geschenken und Wahlversprechungen, u.a. 15. Monatsgehalt, viel Zuspruch. Seine Kandidatur stieß in der Mittelschicht auf Ablehnung und Angst wegen vermuteter Verbindungen zur organisierten Kriminalität.

Der Wahlgerichtshof rief bei einer Pressekonferenz am Folgetag der Wahlen dazu auf, die komplette Auszählung der Stimmen abzuwarten. Sowohl Sandra Torres als auch Manuel Baldizón appellierten per Twitter an ihre Anhänger, Ruhe zu bewahren und die Ergebnisse abzuwarten. Die Anfechtungen von Ergebnissen einzelner Wahltische, die zunächst geklärt werden müssen, verzögern den Abschluss der Auszählung. Die Wahlinstanzen auf Department-Ebene haben dazu maximal fünf Tage Zeit. Die Spannung bezüglich des zweiten Platzes kann daher im ungünstigsten Fall bis zum 11. September anhalten.

#### **Übergangsregierung – viereinhalb Monate für Reformen?**

Der neue Staatspräsident, Alejandro Maldonado, seit Mai 2015 Vizepräsident und vorher Verfassungsrichter, wurde am 3. September vereidigt. Ihm fällt nun die Aufgabe zu, eine Übergangsregierung bis zum 14. Januar 2016 zu führen. Am 8. September wird der – alte – Kongress einen neuen Vizepräsidenten aus einer Vorschlagsliste von drei Kandidaten wählen. Die drei Kandidaten sind: Gabriel Medrano, ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof und ehemaliger Wahlrichter, Juan Alfonso Fuentes Soria, ehemaliger Rektor der staatlichen Universität San Carlos, und Raquel Zelaya, Vorsitzende des Think Tanks ASIES (Asociación de Investigación y Estudios Sociales), ehemalige Finanzministerin und Unterzeichnerin der Friedensabkommen zur Beendigung des Bürgerkriegs in Guatemala. Dem Vizepräsidenten obliegt die Koordinierung des Kabinetts. Als aussichtsreichste Kandidaten erscheinen bis jetzt Raquel Zelaya und Gabriel Medrano.

Präsident Maldonado hat bereits die Minister gebeten, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Änderungen sind also zu erwarten. Mit der Übergangsregierung wird Hoffnung auf die Umsetzung anstehender Reformvorhaben verbunden, darunter die Wahlrechtsreform, ferner der Beginn einer Neuordnung und Auflösung korrupter Strukturen in den Ministerien und in öffentlichen Institutionen, allen voran bei der Steuerbehörde SAT und in der Sozialversicherung IGSS. Präsident Maldonado, ehemaliger Abgeordneter, Botschafter und Außenminister, wird als Vertreter der „alten“ politischen Garde gesehen, hat bei seinem Amtsantritt aber Zeichen für eine andere Amtsführung gegeben, auf Bescheidenheit in der Amtsführung gesetzt (weniger Protokoll, wolle seine Zuwendungen für Repräsentationskosten an soziale Einrichtungen spenden) und die Bedeutung der Beteiligung der Jugend betont: Die Generation, sie sich erhoben habe, dürfe nicht erstarren und es sich nicht bequem machen.